

Patrioten und andere

Zusammenfassung: Hinweise auf scheinbar verrückte Entwicklungen: Masseneinwanderung ins soziale Netz, sinnloser EU Zentralismus, „Neue Weltordnung“ als Ursache der Fehlentwicklungen. Gemeinsamkeit **NWO und Islam**: fehlender Minderheitenschutz - obwohl dies unabdingbar für Demokratie ist. Der Aufstand vom 17.6.53 schuf die Voraussetzung für den Aufstand 1989. Notwendige politische Alternativen brauchen innerparteiliche Basisdemokratie.

Mein Redebeitrag bei der Demo der Freiheit am 17.6.13 auf dem Alexanderplatz:

Liebe Patrioten auf der einen und - - liebe Idioten auf der anderen Seite.

Ich hoffe mit dieser Form der Ansprache klargemacht zu haben, dass ich bei Patrioten eigentlich nicht die Zugehörigkeit zu der anderen genannten Gruppe vermute. Selbstverständlich ist damit auch nicht gemeint, daß alle Leute hier auf dem Alexanderplatz, die sich nicht zur Gruppe der Patrioten zählen, nun deshalb zur zweitgenannten Gruppe gehören. Ich möchte nur heute über die zwei genannten Gruppen sprechen.

Warum ich diese Gruppe überhaupt angesprochen habe? Weil wir heute, genau 60 Jahre nach dem Volksaufstand vom 17. Juni in Berlin, in unserem Land Zustände vorfinden, die so verrückt sind, dass sie nur aus dem langjährig erfolgreichen Wirken von Idioten hervorgegangen sein können. Da irgendjemand für dies verantwortlich sein muss, gehe ich davon aus, dass der Prozentsatz von Idioten in Deutschland so hoch ist, dass auch hier auf diesem Platz von der Anwesenheit solcher Leute ausgegangen werden muss.

Die Ergebnisse von deren Wirken sind unübersehbar. So haben wir uns Millionen von niedrig qualifizierten Menschen aus unterentwickelten Regionen der Welt ins Land geholt. Diese Leute können natürlich aufgrund ihrer Herkunft und aufgrund mangelnder Bildung nicht in unserem Hochleistungs- Wirtschaftssystem gleichrangig mitarbeiten. Wir mussten nun in den vergangenen 30 Jahren allerdings auch die Erfahrung machen, dass dies allzu häufig auch für deren hier geborene Kinder gilt.

Die Folge ist die Zweckentfremdung unseres sozialen Netzes. Dieses Netz war ja gedacht, um Teilnehmer an unserer Hochleistungs- Wirtschaft, die – sozusagen - vom Hochseil herunter fallen, ob durch eigene Schuld oder nicht, aufzufangen und sie vor Verelendung zu bewahren - oder davor zu bewahren, gezwungen zu sein, als quasi-Sklaven für vergleichsweise wohlhabende Arbeitsplatzbesitzer arbeiten zu müssen. Mit der Zweckentfremdung unseres sozialen Netzes zur Finanzierung von Massen-Immigration ist heute der Zusammenbruch unseres Sozialstaates absehbar und somit auch die Verelendung aller sozial Schwachen, ob deutscher oder ausländischer Herkunft. Die hierzu von Links proklamierte Alternative besteht in der Verteilung des verbliebenen Wohlstandes auf alle in der Gesellschaft. Wir wissen, dass dies der Wechsel von der Wettbewerbsgesellschaft in eine Verteilungsgesellschaft bedeutet. Die Folgen sind bekannt. Am Ende heißt es „Armut für alle“ und dann wird festgestellt werden müssen, dass es keinen westlichen Partner mehr gibt, mit dem man sich wiedervereinigen kann, um aus der dann selbstverschuldeten¹ Pleite herauszukommen.

¹ Die Armut der DDR bei der Wiedervereinigung 1990 war nicht selbstverschuldet. Sie war das Ergebnis der Okkupation dieses Teil Deutschlands durch die Sowjets nach dem Krieg.

Auch andere Merkmale für grassierende Idiotie sind unübersehbar. So gibt es zum Beispiel viele kleine Baustellen hier in Berlin, bei denen große teure Schilder aufgehängt wurden, um auf die Co- Finanzierung durch die Europäische Union hinzuweisen. Da müssen also von lokalen Bediensteten Anträge gestellt werden, um den Brüsseler zu erklären, warum man in Pankow im Park eine Rollschuhbahn braucht oder welchen Nutzen eine Sanierung von Wohnblöcken im Märkischen Viertel hat und wie viel Energie damit eingespart werden kann. Wenn's gut geht werden, dann werden aus Brüssel scheinbar großzügig Fördermittel für die Bauprojekte bewilligt. Wo kommt dieses Geld aber her? Deutschland ist Nettozahler in der EU, das heißt, wir haben mehr eingezahlt... - deutlich mehr eingezahlt, als wir nach Antragstellung in Brüssel dann für solche Projekte an Fördermittel erhalten. Was soll dieser Quatsch, dass dann in Brüssel über unsere Vor-Ort Projekte entschieden wird? -durch uns finanziert. Die Verantwortlichen in Brüssel, aber auch in der Bundespolitik, glauben, dass man dem Volk weismachen kann, dass dieses Füllhorn aus Brüssel für alle da ist und somit auf wundersame Weise ein Geldsegen überall ausgebreitet werden kann. Wir hier, die wir uns nicht zur Gattung der Idioten zählen, wissen, dass dies natürlich reine Augenwischerei ist.

Was soll also die allein Kosten verursachende Masseneinwanderung? - Niemand spricht übrigens heute mehr davon, dass die Kinder der Einwanderer mal für unsere Renten arbeiten sollen. Dieses Argument wurde uns noch vor circa 10 Jahren vorgelogen. Es ist aber heute augenscheinlich so wenig den Tatsachen entsprechend, dass das bestehende Lügengebäude mit dieser „Rente durch Immigrantenkinder“- Lüge wohl leichter zusammenbrechen würde. Deshalb hört man es wohl nicht mehr.

Warum haben wir Masseneinwanderung und Euro Zentralismus?

In diesem Zusammenhang sind auch die Engagements der westlichen Staaten zum arabischen Frühling zu sehen. Der als Flugverbot in Libyen angekündigte und am nächsten Tag mit Bombenangriffen realisierte kriegerischen Eingriff durch den Westen - und seine aktuelle Rolle in Syrien, bei der unsere Volksvertreter auf der Seite mordender islamischer Fundamentalisten stehen..... Offensichtlich glaubt man immer noch, man könne hiermit die propagierten „One-World“ Ziele der sogenannten „Neuen Weltordnung“ erreichen. Unter diesem Aspekt betrachtet wird erkennbar, was die Globalstrategen der NWO planen:

Die Nationalstaaten werden durch Masseneinwanderung so vermischt, da die Identifikation der Menschen zu ihren Völkern verschwinden soll. Als Mittel dient die tägliche Propaganda, die teilweise schon Religion ersetzenden Charakter hat, wie zum Beispiel die unvermeidlichen Rituale gegen angeblichen Rassismus, wie sie vor großen Sportveranstaltungen mittlerweile üblich sind, und Beschimpfungen von politischen Gegnern, die diese Entwicklung kritisch sehen, mit Ausdrücken und Methoden, die mit einer demokratischen Auseinandersetzung nichts mehr zu tun haben.

Heute finden sich viele Bürger in der Rolle des sprachlos staunenden Beobachters wieder. Es ist kaum verständlich, warum diese offensichtlichen Fehlentwicklungen mit solcher Intensität verfolgt werden. Speziell die Affinität linksliberaler Menschen und Medien für den Islam gibt Rätsel auf. Wieso wird diese intolerante und gewalttätige Lehre nicht abgelehnt? Sie widerspricht allem, was die Aufklärung uns an Fortschritten für ein selbstverantwortlich gestaltetes Leben gegeben hat.

Ein gemeinsames Merkmal zwischen Islam und den Befürwortern der neuen Weltordnung ist jedenfalls erkennbar. Es ist die Ablehnung des Minderheitenschutzes,

welches bisher kennzeichnendes Merkmal moderner demokratischer Gesellschaften war. Hierbei ist wohl gemerkt von Minderheiten die Rede, die ihre alternativen Vorstellungen laut formulieren und sie als Gegenmodell zum herrschenden System darstellen. In einer funktionierenden Demokratie muss es möglich sein, dass Minderheiten ihre Alternativen anbieten dürfen, womit diese möglicherweise im demokratischen Prozess auch zu Mehrheiten werden könnten. Der Islam droht mit drakonischen Strafen gegen derartige Abweichler. Wer als Moslem lebt, auch wenn dies durch Geburt ohne freie Willensentscheidung war, dem droht die Todesstrafe, wenn er beschließt diese Religionsgemeinschaft zu verlassen. Auch Kritik am Islam kann scharf bestraft werden oder auch mal leicht zur Ausrufung einer Todes- Fatwa führen, mit der der Betroffene dann einen Status erhält, der im Mittelalter in Europa als „vogelfrei“ bezeichnet wurde. Allein damit hat der Islam ein wichtiges Merkmal, welches in unserer freien Gesellschaft bereits für erfolgreiche Verbotsanträge ausreichen sollte.

Kritiker der neuen Weltordnung, die für ihre Ziele die Bindung der Menschen an ihre Völker eliminieren möchten, werden heutzutage ebenfalls in unserer Demokratie nicht mehr geschützt. Ihre Vertreter dürfen in übelster Weise öffentlich beschimpft werden, sie sehen sich einer Zwei- Klassen Gerichtsbarkeit ausgesetzt, wobei sie bei kleinsten Vergehen Strafen erfahren, die zum Beispiel muslimische Immigrantenkinder nichtmals erhalten, wenn sie getötet haben.

Vom Minderheitenschutz, der Voraussetzung zur freien Willensbildung vor demokratischen Entscheidungen, kann keine Rede mehr sein. Wie sehr diese Fehlentwicklung bereits vorangeschritten ist, lässt sich an dem aktuellen Umgang mit den Ergebnissen der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem vergangenen Jahr sehen. In der Studie wurde berichtet, dass laut Untersuchung mehr als 60 % der Deutschen islamfeindlichen Haltungen zusprechen würden. Hierbei wurde noch betont, dass der Anteil der Islamkritiker damit nochmals deutlich höher liege (ohne Zahlen zu nennen). Obgleich diese Ergebnisse sehr deutlich sind, wird doch in unseren Medien und auch nicht nur von linken Politikern in Deutschland mit Islamkritikern umgegangen, als wenn sie zu einer kleinen totalitären, womöglich hirnkranke Gruppe von Extremisten gehören. So hat die bayerische Landesregierung DIE FREIHEIT in München unter Verfassungsschutzbeobachtung stellen lassen. Die Vertreter der Regierung teilen öffentlich mit, dass Bürger, die dem Bürgerbegehren der FREIHEIT gegen das ZIEM Projekt, der Errichtung eines islamischen Zentrums mit Finanzierung aus islamistischen Staaten in München, zugeneigt sind - dass diese Bürger sich ihren Zuspruch nochmals überlegen sollen, da der Initiator schließlich eine vom Verfassungsschutz beobachtete extremistische Gruppe ist.

Wir sind damit an einem Tiefpunkt der aktuellen antidemokratischen Bewegungen in Deutschland angekommen. Wenn klar wird, dass eine neue Gruppe den Zuspruch vieler Bürger für ein Bürgerbegehren erhalten könnte – nachdem eine Studie veröffentlicht wurde, nach der mehr als 60% der Bürger mit diesem Bürgerbegehren sympathisieren dürfte – danach wird das Anliegen in die extremistische Ecke geschoben – und damit der Volkswille ignoriert, bzw. diffamiert. Als Demokratie = Volksherrschaft lässt sich dies nun wirklich nicht mehr bezeichnen.

Liebe Zuhörer. Ich sprach anfangs von Idioten, denen wir die ständig schrumpfende Demokratie, die übrigens auch mit einem Schrumpfen unseres Wohlstandes verbunden ist, zu verdanken haben.

Zu dieser Gattung sehe ich viele Vertreter. Oben angefangen, die NWO-Ideologen, die

glauben, sie könnten den wachsenden Islam dauerhaft kontrollieren und für ihre Ziele einspannen – eine Selbstüberschätzung, die ich für – zurückhaltend formuliert – wenig intelligent halte. Intelligent mögen einige Personen sein, die im Hintergrund stehen und die NWO- Bewegung für ihre Ziele benutzen – wobei zu deren Zielen nicht ein freies, starkes und demokratisches Europa gehört.

Auf Landesebene gibt es viele Medienvertreter und mittlerweile fast alle etablierten Politiker, von denen sich keiner traut, die herrschende Political Correctness mit ihren bedrohlichen Perspektiven schon für die nahe Zukunft zu kritisieren. Zu groß ist die Angepasstheit und allzu beeindruckend war das Schicksal derer, die es gewagt hatten, in der Vergangenheit aus der Reihe zu tanzen – erinnert sei an den CDU Abgeordneten Hohmann oder gar an den termingerechten Fallschirm-Unfall des Abgeordneten Möllemann – stellvertretend für viele anderen Fälle.

Schließlich, auf der Ebene des Bürgers angekommen, sei auf die zahlreichen Nutznießer der Migrations-Industrie hingewiesen, die ihr Einkommen aus Sozialarbeit oder Beratungen mit Migranten verdienen. Auch diese stellen den gegenwärtigen Wahnsinn nicht in Frage und sind offenbar so „modern“ egoistisch, dass sie nicht mit Fragen belästigt werden möchten, wie denn ihre Kinder oder Enkel in einigen Jahrzehnten in einem möglicherweise dann islamisierten Deutschland leben werden.

Abschließen möchte ich mit der erstgenannten Gruppe, den Patrioten.

Wir stehen heute hier, weil wir dem persönlichen Einsatz der Aufständigen des 17. Juni 1953 gedenken. Damals nahmen sie ein hohes persönliches Risiko in Kauf, um sich gegen die Herrschaft der Sowjets und der deutschen Kollaborateure in unserem Vaterland zu wehren. Sie hatten hierfür keinen persönlichen Nutzen zu erwarten. Tatsächlich wurden eine nicht kleine Zahl von ihnen dann in Schauprozessen abgeurteilt und hingerichtet. Trotzdem war ihr Opfer nicht vergebens. Sie haben gezeigt, dass auch in Deutschland eine Revolution explodieren kann, wenn die Mächtigen es übertreiben. Es gibt gute Gründe anzunehmen, dass die Herrschenden in der DDR auch deshalb nicht auf die Teilnehmer der Montags-Demos schießen ließen, weil viele von ihnen selbst noch erlebt hatten, wie der Volkszorn 1953 explodiert ist – und 1990 hatte Gorbatschow ihnen wohl signalisiert, dass dieses Mal keine sowjetischen Panzer rollen würden.

Wir haben hier heute unsere eigene Montags Demo. Wir wissen, das der folgende Spruch wahr ist:

„Wer in der Demokratie schläft, der wacht in der Diktatur wieder auf“

Wir wissen auch, und ich habe dies in meinem Vortrag hoffentlich anschaulich dargelegt, dass es wohl schon 5 nach 12 ist. Das darf aber nicht heißen, dass wir deshalb jetzt resignieren sollen und jeder sich in seine private Noch – Idylle zurückziehen sollte. Wenn wir und unsere Kinder und Enkel in Freiheit leben möchten, dann bleibt uns gar nichts anderes übrig, als uns mit Politik zu beschäftigen. Wir müssen das Ziel verfolgen, dass die genannten über 60%, die die richtigen Schlüsse aus ihren mittlerweile persönlichen Erfahrungen mit den Anhängern des Islam gezogen haben, politische Alternativen erhalten, wenn sie zu den Wahlen gehen. Um dies zu erreichen, muss aber auch eine Bedingung erfüllt werden: wir müssen zahlenmäßig stark genug sein, damit die Wähler uns in ihrem persönlichen Umfeld begegnen und sie sehen, dass es sich tatsächlich lohnen kann, wieder wählen zu gehen. Zur Erreichung einer zahlenmäßig starken Bewegung brauchen wir viele Gruppen, viele Häuptlinge und persönliche Perspektiven für jeden einzelnen Aktiven. Das geht nur mit Basis-

Demokratie. Natürlich bedeutet dies auch interne Konflikte mit Gruppenbildungen und vielleicht auch manchmal lautstarke Auseinandersetzungen. Wer dies fürchtet, der erhält die Stille der Bedeutungslosigkeit.

Lasst uns keine Angst haben vor internen Konflikten - aber lasst uns darüber wachen, dass aus dem internen Konflikt nicht am Ende nur die skrupellosesten Gewaltanwender als Sieger hervorgehen. Bei vielen politischen Volksbewegungen war das so – angefangen mit der französischen Revolution. Auch Seilschaften mit Pöstchenhandel sind der Beginn des Endes von demokratischen Bewegungen. Nur wenn wir intern wahrhaft demokratisch sind, d.h. über die Wahl unserer Repräsentanten von unten nach oben per Abstimmung beschließen, dann können wir auch glaubhaft für Volksabstimmungen und damit mehr Demokratie in unserem Lande eintreten.